

6. Standesinitiative zum Import-Verbot von Echtpelz aus tierquälerischen ausländischen Zuchten oder Wildfang

Antrag der WAK Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 18. April zur parlamentarischen Initiative Sandra Bossert
KR-Nr. 441/2020

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Es liegt ein Minderheitsantrag von Doris Meier und Mitunterzeichnenden auf Ablehnung respektive Nichteintreten vor.

Minderheitsantrag von Doris Meier, Melanie Berner, Martin Farner, Stefan Feldmann, Christian Müller, Birgit Tognella:

I. Die Standesinitiative zum Import-Verbot von Echtpelz aus tierquälerischen ausländischen Zuchten und Wildfang wird abgelehnt.

II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Marcel Suter (SVP, Thalwil), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben beantragt Ihnen mit einer Mehrheit von 9 zu 6 Stimmen, der parlamentarischen Initiative von Sandra Bossert betreffend Standesinitiative zum Importverbot von Echtpelz aus tierquälerischen ausländischen Zuchten oder Wildfang zuzustimmen. Mit der PI wird verlangt, dass der Kanton Zürich mit einer Standesinitiative die Bundesversammlung auffordert, dafür zu sorgen, dass der Bund das Importieren von Echtpelz aus tierquälerischen ausländischen Zuchten oder Wildfang verbietet.

Die Mehrheit der Kommission will der PI zustimmen. Die Kommissionsmehrheit macht geltend, dass mit der bestehenden Pelzdeklarationsverordnung den Konsumentinnen und Konsumenten ein informierter Kaufentscheid ermöglicht werden soll, dieses Ziel aber weiterhin nicht erreicht wird. So monierte das zuständige Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen, dass in der Kontrollperiode 2021 bei 79 Prozent aller kontrollierten Verkaufsstellen Beanstandungen festgestellt wurden; zu bemerken ist, dass vollständig fehlende Deklarationen am häufigsten beanstandet wurden.

Eine Minderheit der Kommission aus FDP, AL und ein Teil der SP lehnt die PI ab. Die Bundesversammlung hat erst vor Kurzem eine Motion abgelehnt, mit der ein Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte gefordert wurde. Die Kommissionsminderheit hält es für unangebracht, das Thema nun mittels einer Standesinitiative erneut auf die politische Agenda zu setzen, ohnehin läuft die Unterschriftensammlung für die eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte», Pelzinitiative. Namens der WAK bitte ich Sie, der PI zuzustimmen.

Martin Huber (FDP, Neftenbach): Wenn bei 79 oder 80 Prozent, wie wir vorhin gehört haben, der Pelzdeklarationskontrollen Beanstandungen auftreten, stimmt

irgendetwas nicht und wirkt sehr zahnlos, auch fehlt es an der Sensibilität der Importeure und natürlich der Konsumentinnen und Konsumenten.

Die Schweiz hat einen der höchsten Tierschutzstandards der Welt. Das ist auch gut so. Ebenso bekommen die fehlbaren Landwirte Verstösse gegen das Tierwohl in Form von Bussen und schlechter Presse hart zu spüren. Bei importiertem Echtpelz aus tierquälerischen ausländischen Zuchten scheint dies niemanden zu interessieren. Wie kann es sein, dass die Medien, die sonst immer wieder gerne über Tierschutzverstösse berichten, nie darüber berichten? Ersatzprodukte für Echtpelz sind genügend vorhanden.

Bis am 23. November 2023 läuft die Unterschriftensammlung zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte», die Pelzinitiative. Die Stimmberechtigten werden sich aller Voraussicht nach ohnehin mit dieser Thematik auseinandersetzen können. In Anbetracht der vom Bundesparlament erst vor Kurzem abgelehnten Motion ist es nicht angebracht, das Thema bereits wieder mittels einer Standesinitiative auf die politische Agenda zu setzen.

Die FDP steht Standesinitiativen generell sehr kritisch gegenüber, zumal die SVP die grösste Deputation in Bern hat und Nina Fehr sicher einen guten und direkten Kontakt zu diesen Persönlichkeiten hat. Wir hoffen, dass die zuständigen Behörden ihre Aufgabe wahrnehmen und die Kontrolle bei Pelzprodukten intensivieren. Wie der Regierungsrat lehnt auch die FDP die Standesinitiative ab. Tun Sie es uns gleich. Danke.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil): Vielen Dank an Marcel Suter für die einleitenden Worte und für das Ja in der WAK.

Vor ziemlich genau zwei Jahren haben wir hier im Rat erstmals über diese Initiative gesprochen. In der Zwischenzeit hat sich in der Schweiz leider noch nichts geändert. Es ist immer noch erlaubt, Echtpelz aus für uns unvorstellbarer Haltung zu importieren. Es braucht nicht mehr als ein Etikett, auf dem «Herkunft unbekannt» steht. So vegetieren auch für den Schweizer Markt immer noch weltweit Millionen von Tieren, notabene Wildtiere, zusammengepfercht in viel zu kleinen Käfigen und auf Drahtgittern. Ihre Tötung ist mit unvorstellbaren Qualen verbunden, denn oft werden sie einfach zu Tode geprügelt oder ihnen wird das Fell lebendig über die Ohren gezogen, um schlussendlich bei uns als Accessoire, zum Beispiel an einer Jacke, zu baumeln. Das darf nicht sein. Es ist ethisch nicht vertretbar, Tiere zu züchten und zu töten, um nicht lebensnotwendige Luxus-Produkte herzustellen. Punkt.

Dieses Gefühl der Machtlosigkeit macht mich traurig. Traurig ist aber auch der Umstand, dass in Bern die gleiche Forderung – Motion Aebischer – im letzten Jahr abgelehnt worden ist. Bei der Diskussion vor zwei Jahren hier im Rat wurde mir von der Mitte und der FDP vorgehalten, dass es nicht die richtige Ebene sei und ich meine Parteikolleginnen und -kollegen in Bern briefen solle. Meine geschätzten Damen und Herren von der Mitte und der FDP, der Nationalrat hat mit 144 zu 31 Ja zu diesem Verbot gesagt, aber der Ständerat, in welcher die Mitte und die FDP mit 25 Sitzen vertreten sind, hat Nein gesagt. Wie genau soll ich denn nun vorgehen, wenn es genau die beiden Parteien, welche im Ständerat

mehrheitlich vertreten sind, mir hier im Kantonsrat sagen, dass eine Standesinitiative keinen Sinn macht? Ich habe die Protokolle gelesen; da haben sich speziell die älteren Herren Ständeräte gegen ein Importverbot ausgesprochen. Da hoffe ich doch, dass die kommenden Wahlen ein bisschen mehr Empathie nach Bern bringen.

Dass ein Importverbot durchsetzbar ist, beweist der Umstand, dass seit zehn Jahren keine Robbenprodukte mehr in die gesamte EU eingeführt werden dürfen. Auch die Einfuhrverbote von Hunde- und Katzenfellen haben bis heute keine Klagen oder Handelshemmnisse ausgelöst. Die seit 2014 bestehende Deklarationspflicht, die im Jahr 2020 nachgebessert wurde, ist völlig zahnlos. Mehr als sieben Jahre hintereinander hat das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen bei 80 Prozent der importierten Pelzprodukte gravierende Mängel festgestellt. Meistens waren diese Pelze gar nicht oder fehlerhaft deklariert. X Jahre lang wurde nun zugeschaut und gehofft, dass sich etwas von alleine ändert. Diesen Frühling hat es dem Bundesrat endlich den «Nuggi usätätscht»: Nun möchte er eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage für ein Importverbot ausarbeiten lassen. Alles gut also? Nein, denn seit 2009 sind Vorstösse für ein Importverbot immer wieder diskutiert und schlussendlich abgelehnt worden. Es bewegt sich zwar etwas, aber der Druck muss von allen Seiten aufrechterhalten werden, sei es mit der laufenden nationalen Unterschriftensammlung oder mit der von uns heute hoffentlich eingereichten Standesinitiative. Jetzt dürfen wir «nitt nahlah». Zürich und die ganze Schweiz dürfen bei Tierquälereien nicht wegschauen. Vielen Dank für jede Stimme, die sich heute dafür einsetzt.

Stefan Feldmann (SP, Uster): Die Haltung der SP-Fraktion zu Standesinitiativen im Generellen habe ich, aber auch Fraktionskolleginnen oder -kollegen von mir, hier in diesem Rat schon mehrmals dargelegt. Wir sind gegenüber Standesinitiativen kritisch eingestellt, insbesondere, wenn sie von Parteien kommen, die in Bern eigene Vertreterinnen und Vertreter haben. Standesinitiativen sind zudem dazu da, speziell zürcherische Anliegen in Bern einzubringen und nicht um hier im Kantonsrat Nationalrat zu spielen. Die Partei der beiden Initiantinnen ist in Bern wahrlich nicht knapp mit eigenen Leuten vertreten, und das Anliegen für diese Standesinitiative ist nun auch kein speziell zürcherisches.

Bei der vorläufigen Unterstützung vor anderthalb Jahren war die SP-Fraktion deshalb gespalten. Ein Teil hat, obwohl auch sie die Skepsis gegenüber Standesinitiativen teilt, in diesem Fall den inhaltlichen Aspekt höher gewichtet, der andere, etwas grössere Teil, hat, obwohl sie das Anliegen inhaltlich natürlich auch unterstützt, aus den genannten Gründen nicht für die vorläufige Unterstützung votiert. Die Kritik von damals ist natürlich auch heute noch gültig. Es ist nicht nötig und eine Verschwendung von Ressourcen und Zeit, mit einem Anliegen, das ganz klar auf Bundesebene anzusiedeln ist, hier im Kanton zuerst eine Kommission zu beschäftigen, dann die Regierung und am Ende wieder den gesamten Rat. Viel besser wäre es gewesen, die Initiantinnen hätten ihr Anliegen über ihre Parteikolleginnen und -kollegen in Bern eingebracht. So hätten wir Zeit und Ressourcen an-

derweitig und produktiver einsetzen können. Nun, dieser Rat hat anders entschieden, hat die PI vorläufig unterstützt. Die Kommission wurde beschäftigt, ebenso der Regierungsrat und nach anderthalb Jahren stehen wir wieder hier.

Wie Sie im Antrag der Kommission sehen, war die SP-Deputation in der WAK wie die Fraktion als Ganzes in der Frage der Unterstützung oder Ablehnung der Standesinitiative gespalten. Nach Abschluss der Arbeit in der Kommission wurde in der SP-Fraktion aber dann die Frage aufgeworfen, was eine Ablehnung dieser Standesinitiative zum jetzigen Zeitpunkt noch bringen würde? Die eingesetzte Zeit und die eingesetzten Ressourcen gewinnen wir dadurch auch nicht mehr zurück. Sollte deshalb jetzt nicht doch die inhaltliche Beurteilung des Anliegens, das von der ganzen Fraktion geteilt wird, in den Vordergrund rücken, und können wir mit einer Unterstützung dieser Standesinitiative der laufenden Volksinitiative mit dem grundsätzlich gleichen Anliegen, die von der SP auch unterstützt wird, können wir dieser Initiative nicht doch noch etwas Flankenschutz geben? So erleben Sie heute eine Rarität, denn der umgekehrte Fall tritt weitaus häufiger ein: Die SP-Fraktion ist zwar weiterhin der Meinung, es wäre besser und schlauer gewesen, das Anliegen direkt in Bern einzubringen und hier nicht Nationalrat zu spielen. Aber die Uhr lässt sich nun mal nicht mehr zurückdrehen. Zeit und Ressourcen wurden investiert, und wir erhalten auch bei einem Nein zu dieser Standesinitiative diese Zeit und diese Ressourcen nicht mehr zurück. Deshalb wird die SP-Fraktion, die sich bei der vorläufigen Unterstützung mehrheitlich noch im Lager der Nicht-Unterstützung befand, heute dieser Standesinitiative zustimmen und sie auf die Reise nach Bern schicken. Möge das Anliegen unter der Bundeshauskuppel Gehör finden. Besten Dank.

Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich): Ursprünglich haben wir Grünliberalen diese PI für eine Standesinitiative nicht vorläufig unterstützt, mit der aus unserer Sicht richtigen Begründung, dass die Kolleginnen und Kollegen aus Bern sich dem Thema Pelzimport annehmen sollen. Schliesslich betrifft der Import von Echtpelz aus tierquälerischen Zuchten oder aus Wildfang die ganze Schweiz, der Kanton Zürich ist nicht überdurchschnittlich davon betroffen.

Nun hat sich in der Zwischenzeit etwas getan. Erstens wurde auf Bundesebene, wo der Vorstoss korrekterweise hingehörte, der entsprechende Vorstoss, der breit abgestützt und auch von der GLP mit eingereicht wurde, vom Nationalrat unterstützt, jedoch vom Ständerat nicht. Hätte der Ständerat auch Ja dazu gesagt, hätte sich diese PI jetzt erledigt. Zweitens läuft noch bis 28. Dezember die Unterschriftensammlung der Pelzinitiative. Wir hätten einer Sistierung der PI zugestimmt, bis klar ist, ob die Initiative zustande kommt. Wäre dies so, würde die Stimmbevölkerung über den Pelzimport abstimmen, und wir könnten diese Standesinitiative heute ablehnen.

Zurzeit setzt der Bundesrat auf die alleinige Deklarationspflicht und Information der Kundinnen und Kunden bei Pelzprodukten. Dies ist aufgrund der Wichtigkeit des Themas – es geht um tierquälerische Zuchten und Wildfang – nicht genug. Wir Grünliberalen wollen, dass die Diskussion über den Pelzimport in Bern zügig

wieder aufgenommen wird. Darum erachten wir in diesem Fall eine Standesinitiative als legitimes Mittel und unterstützen diese PI.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Bald kommt die Herbst- und Winterzeit. Wir werden Winterjacken, Mützen et cetera sehen, die mit Echtpelz oder Kunstpelz bestückt sind. Obwohl laut einer Umfrage der Tierschutzorganisation «Vier Pfoten» ein Grossteil der Bevölkerung das Halten und Töten von Tieren zur Gewinnung von Pelz für die Modeindustrie nicht goutiert, wird dennoch Pelz in der Schweiz immer noch häufig gekauft. Viele tragen Pelz, ohne zu wissen, wie dieser produziert wird. Ein weiterer Grund für den Kauf von Echtpelz ist, dass heutzutage nur schwer unterschieden werden kann, was Echt- und was Kunstpelz ist. Während früher der Preis ein klares Indiz dafür war, sind Kunst- und Echtpelzprodukte heute gemäss der Tierschutzorganisation «Vier Pfoten» in etwa gleich teuer. Die nicht funktionierende Deklarationspflicht spielt ebenfalls eine grosse Rolle. Deshalb ist es richtig, mit dieser Standesinitiative nachzudoppeln, damit Bundesbern endlich dafür sorgt, dass der Bund das Importieren von Echtpelz aus tierquälerischen ausländischen Zuchten oder Wildfang verbietet.

Jetzt können wir uns hinter den Formalien verstecken und sagen, dass das Mittel der Standesinitiative nicht das richtige ist und sowieso eine Volksinitiative am Laufen sei – was auch alles stimmt. Doch wir Grünen haben uns entschieden, diese Standesinitiative zu unterstützen, denn in Bern hat am Ende der Ständerat das Verbot abgelehnt, mit der Begründung, der Vollzug der Pelzdeklaration müsse verbessert werden. Nur, das mit der Deklaration funktioniert schon lange nicht. Seit 2014 werden dazu Kontrollen von Tierschützerinnen und -schützer durchgeführt; bei den staatlichen Kontrollen sieht es schlecht aus. Von 141 Kontrollen in den Jahren 2020 und 2021 haben 111 Fälle gegen die Kennzeichnungspflicht verstossen. Es ist höchste Zeit für ein Verbot. Stimmen Sie der Standesinitiative zu.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim): Ich kann es eigentlich kurz machen. Alle meine Vorrednerinnen und der eine Vorredner haben das Wesentliche schon gesagt. Felle und Pelze sind grundsätzlich zwar wertvolle Materialien; die sollen auch weiterhin genutzt werden, solange der Mensch Fleisch isst, also als Nebenprodukt der Fleischgewinnung quasi. Aber Pelze und Felle aus tierquälerischen Haltungs- und Tötungsformen haben in der Schweiz absolut nichts verloren. Punkt. Und dabei geht mir auch eine mögliche Verärgerung der WTO (*Welthandelsorganisation*) irgendwo vorbei. (*Heiterkeit*)

Es ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, dass das wackelige Vehikel einer Standesinitiative nicht gerade das Gelbe vom Ei sei, gerade aus dem Kanton Zürich. Damit bin ich einverstanden. Aber in dieser Frage muss ich sagen, dass alle Mittel nötig sind, damit dieser Druck aufrechterhalten werden kann. Ich hoffe auch, dass die Volksinitiative zustande kommt und das Volk darüber abstimmen kann. Dann haben wir ein klares Ergebnis. Zu Frau Bossert muss ich noch sagen: Leider habe ich auf die Fraktion in Bern noch keinen grossen Einfluss. (*Heiterkeit*)

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Wir haben es gehört, alle brauchen Pelz. Ich weiss nicht, wenn Sie heute Morgen ihren Kleiderschrank geöffnet haben, ob Sie da lange Pelzmäntel gesehen haben. Also, heute Morgen habe ich in meinem Kleiderschrank kein einziges Pelzstück gesehen. Ich weiss nicht, wie es bei Ihnen aussieht. Ich habe keinen Waschbären mit Echtfell-Kapuzen, die ich in Zürich trage. Das einzige Fell, das ich hatte, war das des Schultheks. Ich weiss nicht, ob Sie sich erinnern: Es gab einmal Schultheks mit Kuhfell aus der Schweiz. Wir wollen keinen Pelz aus tierquälerischen Zuchten aus dem Ausland und auch nicht aus dem Inland. Das wollen wir nicht. Ich glaube, darin sind wir uns alle einig.

Jetzt sagt der Bund, wir haben eine Regel. Im Bankbereich nennen wir diese Regel, wenn wir eine Ausnahme machen, es sei eine Exception to Policy. Wir haben hier 80 Prozent Ausnahmen, Exception to Policy. Wenn Sie 80 Prozent Mal eine Ausnahme machen, dann haben Sie einfach keine Regel mehr. Sie können nicht 80 Prozent danebenliegen und sagen, wir hätten noch eine Deklarationspflicht. Also, diese Deklarationspflicht, die funktioniert nicht, sonst hätten wir nicht 80 Prozent Ausnahmen.

Dann muss ich etwas schmunzeln. Ich bin ein Fan vom Markt; das ist kein Thema. Aber wenn wir hier argumentieren, dass der Markt alles regelt, dann gilt das eben nicht, weil, es sind Tiere, die involviert sind; es sind nicht Akteure, die gut informiert sind, die sich wehren können. Bei Tieren kann ich nicht argumentieren, der Markt regelt alles. Zudem, das Argument Pelztragen sei uncool, das mag sein, aber ob das morgen auch noch so ist, weiss ich nicht. Und nur, weil ich keinen Pelz trage, heisst es nicht, dass wir nicht ein Problem haben.

Jetzt können wir versuchen mit dem Kopf durch die Wand zu gehen und zu sagen, wir müssen diese Standesinitiative überbringen. Wir als EVP-Fraktion denken, hier lohnt es sich für einmal mit dem Kopf durch die Wand zu gehen. Wenn das Bundesparlament eine Motion abgelehnt hat, dann heisst das nicht, dass wir uns dem unterordnen müssen. Es heisst auch nicht, dass diese Volksinitiative erfolgreich sein wird – was wir zwar hoffen. Deshalb, obwohl ich keinen Pelz trage, obwohl ich ein Fan vom Markt bin, denke ich, es ist angebracht, dieses Anliegen zu unterstützen. Das wird die EVP-Fraktion gerne tun. Danke

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Im Gegensatz zur SP bleibt die AL standhaft. Die Alternative Liste hat die PI von Anfang an nicht unterstützt, dies aus den folgenden Gründen: Die Alternative Liste war sich damals nicht ganz sicher, ob es der SVP wieder einmal nur um den Inländervorrang oder ein Ausländer-Bashing ging. Während der Debatte haben wir aber festgestellt, dass den beiden SVP-Frauen das Wohl der Tiere ein echtes Herzensanliegen ist. Dennoch und obwohl uns von der Alternative Liste das Wohl der Tiere ebenfalls ein Herzensanliegen ist, haben wir damals die PI nicht unterstützt, dies vor allem darum, weil die Alternative Liste zurückhaltend ist bezüglich Standesinitiativen und der unbeholfenen Politik, in Bern ein Zeichen setzen zu wollen, vor allem auch, wenn das Anliegen von der SVP kommt. Die SVP stellt die grösste Fraktion in Bundesbern;

die beiden Kantonsrätinnen Sandra Bossert und Nina Fehr Düsel könnten also locker auf ihre «Gspändli» in Bern zugehen und ihre Anliegen dort einbringen. Auch nach der Beratung in der Kommission bleibt die Alternative Liste dabei und wird die Standesinitiative nicht unterstützen. Dies auch, weil die Volksinitiative für ein Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte, für die noch bis Ende November gesammelt werden kann, ganz sicher zustande kommen wird und wir darüber abstimmen werden.

Weiter hat das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen angekündigt, die Kontrollen im Detail- und Onlinehandel zu verschärfen. Bis 2025 soll zudem evaluiert werden, ob die verschärften Kontrollen wirken. Des Weiteren schätze ich die Aussicht, dass Nina Fehr Düsel im Oktober in den Nationalrat gewählt wird, als sehr hoch ein. Nina Fehr Düsel wird als erstes einen Vorstoss für ein Verbot von Echtpelz aus tierquälerischen Zuchten und/oder Wildfang einreichen können.

Die Alternative Liste teilt das Anliegen der PI voll und ganz, mit der Einschränkung, dass die Vorschriften für alle Arten von Pelz, ob inländisch oder ausländisch, gelten müssen. Den Weg mit der Standesinitiative und damit einer unbeholfenen Symbolpolitik finden wir nicht richtig. Darum lehnen wir ab. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht): Tierquälerischer Pelz aus dem Ausland braucht niemand. Ich danke euch für die breite Unterstützung. Mit unserer PI und mit der Motion in Bern wird ein Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte erlassen. Mit dem von der EU übernommenen Importverbot für Robbenprodukte und für Hunde- und Katzenfelle bestehen in der Schweiz bereits heute tierschützerisch motivierte Einfuhrverbote. Ein entsprechendes Importverbot soll konsequenterweise für sämtliche Pelzerzeugnisse erlassen werden, für deren Herstellung Tiere auf tierquälerische Weise gehalten, gefangen oder getötet wurden – auch Litauen und Israel und weitere Länder sind dem erfolgreich gefolgt.

Judith Stofer und Martin Huber, besten Dank für diese netten Worte. Ich habe viele gute Kontakte in Bern. Aber wie gesagt, das eine tun und das andere nicht lassen; Sandy Bossert hat es auch gut formuliert. Ich freue mich, dass der Nationalrat der Motion Aebischer (*Matthias Aebischer*) zugestimmt hat, leider der Ständerat nicht. Es braucht ein Verbot, weil die Pelzdeklarationen ungenügend sind. Es geht nur um Echtpelz aus tierquälerischen ausländischen Zuchten und Pelzfabriken. Das Anliegen findet überparteiisch im Rat viel Zustimmung, was uns natürlich sehr freut. Noch zu Stefan Feldmann: Der Kanton Zürich ist als Wirtschaftskanton an der Bahnhofstrasse sehr wohl persönlich und stark davon betroffen. Ich danke euch sehr für diese Unterstützung.

Regierungsrätin Natalie Rickli: Ich habe Ihnen aufmerksam zugehört und stelle fest, dass es eine Mehrheit für diese Standesinitiative gibt. Ich begründe trotzdem, warum ich Ihnen empfehlen würde, Nein zu stimmen, im Bewusstsein, dass Sie das dann anders machen werden.

Inhaltlich kann ich eigentlich bei der FDP und AL anfügen. Das kommt ja auch nicht so oft vor. (*Heiterkeit*) Die Gewinnung von Echtpelz erfolgt im Ausland zum Teil auf grausame Art und Weise und lässt sich nicht mit den hohen Tierschutzstandards in der Schweiz vereinbaren. In der Schweiz gilt daher eine Pflicht zur Deklaration von Pelzen und Pelzproduktionen. Die entsprechende Verordnung über die Deklaration von Pelzen und Pelzprodukten, kurz die PDV, ist seit dem 1. März 2013 in Kraft. Gemäss dieser Verordnung müssen alle Marktteilnehmenden die Pelze und Pelzprodukte deklarieren, die sie in der Schweiz verkaufen. Die Deklarationspflicht betrifft allerdings nur den Handel in der Schweiz und regelt nicht die Einfuhr aus dem Ausland. Die Einfuhr von Echtpelz aus tierquälerisch erzeugten ausländischen Zuchten oder aus Wildfang ist weiterhin erlaubt. Auf Bundesebene wurde im Jahr 2019 bereits eine Motion eingereicht, die ein Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte fordert. Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme dazu ausgeführt, dass die Wirksamkeit der PDV im Jahr 2016 extern evaluiert worden sei. Dabei habe sich gezeigt, dass sowohl das Verkaufspersonal als auch die Konsumentinnen und Konsumenten durch die Deklarationspflicht besser über die Produktion von Pelzprodukten informiert seien. Anfang 2020 hat der Bundesrat mit einer Änderung der PDV eine Verschärfung der Vorschriften beschlossen. Neu besteht unter anderem eine Deklarationspflicht für Echtpelz, damit dieser auf einen Blick von Kunstfell zu unterscheiden ist. Zudem wird die Deklarationspflicht weiter ausgedehnt, wenn Gewinnungsarten offensichtlich nicht mit dem Tierwohl vereinbar sind. Darüber hinaus, dies wurde bereits angesprochen, wurde eine entsprechende Volksinitiative lanciert. Zudem hat seit letztem Winter das für den Vollzug zuständige Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen die Kontrollen in den Verkaufsgeschäften und im Internet weiter verschärft. Bei mangelhafter oder fehlender Deklaration wurden häufige Verfügungen erlassen und Bussen verhängt. Am 5. April 2023 – also recht neu – gab der Bundesrat in seiner Medienmitteilung bekannt, dass diese Massnahmen trotzdem zu keinen nennenswerten Verbesserungen geführt haben. Er hat daher das Eidgenössische Departement des Innern, EDI, beauftragt, bis Ende März 2024 eine Vernehmlassungsvorlage für ein Importverbot für Pelze aus tierquälerischen Produkten zu erarbeiten.

Diese Ausführungen zeigen, dass das Thema auf Bundesebene platziert ist. Es ist wirklich unwahrscheinlich – und hier spreche ich aus meiner zwölfjährigen Erfahrung als Nationalrätin –, dass die Bundesversammlung dieser Standesinitiative Folge leisten wird, zumal sich das Bundesparlament schon wiederholt mit der Frage auseinandergesetzt hat. Frau Kantonsrätin Sanesi hat gesagt, sie hofft, dass das Thema in Bern wieder zügig aufgenommen wird. Ich glaube, im Moment wird dort nichts mehr zügig aufgenommen. Bald ist Wahlkampf, und viele von Ihnen werden dann vielleicht im Nationalrat sitzen und werden sehen, wie das eidgenössische Parlament mit Standesinitiativen aus dem Kanton Zürich umgeht. Ich meinerseits hoffe, weil ich dann nach Bern reisen müsste, dass ich das nicht mehr tun muss, weil sich das Thema bis dann erledigt hat – in unser aller Sinn. Trotzdem bitte ich Sie, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen und der PI keine Folge zu leisten. Vielen Dank.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Der Antrag der Kommissionsminderheit auf Ablehnung der PI ist einem Antrag auf Nichteintreten gleichzustellen. Somit stimmen wir ab.

Abstimmung

Der Kommissionsmehrheitsantrag wird dem Kommissionsminderheitsantrag Doris Meier gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 134 : 30 (bei 0 Enthaltungen), dem Kommissionmehrheitsantrag zuzustimmen. Somit ist Eintreten beschlossen.

*Detailberatung der parlamentarischen Initiative
Titel und Ingress*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I.

Wurde bereits bei der Eintretensdebatte beschlossen.

II. und III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.